

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 111 (1985)
Heft: 30

Illustration: [s.n.]
Autor: Stauber, Jules

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

So grün war der Mai

«Es grünt so grün...»

Die Umweltzerstörung ist weit fortgeschritten. Der Zwang, Lösungen zu finden, beflügelt die Phantasie der Zeitgenossen unheimlich. Die Situation ist aber nicht nur bezüglich der Umweltbelastung schwierig geworden,

Von Bruno Knobel

sondern auch in anderer Hinsicht. Heute herrscht darüber, dass etwas geschehen müsse, eine weit grössere Übereinstimmung als noch vor 10 oder 15 Jahren. Eigentlich ist deshalb heute jeder Bürger ein Grüner. Damit heute einer überhaupt als grün noch auffällt, muss er sich schon als supergrün profilieren. Und damit das gelinge, schiesst seine Phantasie beim Gebären von Lösungsvorschlägen ins grüne Kraut. Und bald wird unter dem Titel «Umweltschutz» auch ernsthaft zu fordern sein, dass vorgeschlagene Massnahmen nicht mehr nur spektakulär, sondern auch noch mit einem bescheidenen Anflug von politischer Realisierbarkeit versehen sein müssen.

So ähnlich dürfte Bundesrätin Kopp zu interpretieren sein, als sie im vergangenen Mai zwar ausrief: «Wir bauen unsere Äcker und Wiesen mit Häusern und Strassen zu, ohne uns zu vergegenwärtigen, was dieser Schritt wirklich bedeutet: Die endgültige Versiegelung eines Stücks Boden, der über Jahrtausende zum Himmel hin offen lag. Wir bringen das nur deshalb zuwege, weil wir gelernt haben, auf den Boden zu hören...» – dann jedoch beifügte, was im landesweiten Beifall fast unterging: *Es gelte aber auch, den Umweltschutz vor politischem Übereifer zu schützen.*

Als Übereifer und Radikalkuren hatte im besagten Mai auch der Zürcher Kantonsrat den Vorschlag, zur Einführung eines motorfahrzeugfreien Sonntags pro Monat eine Standesinitiative einzureichen, ebenso klar abgelehnt wie eine Motion, im Kanton bis zum Jahr 1995 auf jeglichen Strassenbau zu verzichten. (Weniger klar war, ob das mit grüner Farbe gefüllte Glas, das im Ratsaal am Boden zerschellte, bössartig geworfen oder unachtsam fallen gelassen worden war. Aber grün blieb grün.)

Ebenfalls im Mai ging ein Professor davon aus, dass die Totalrevision der Bundesverfassung im Zeichen der Lösung der ökologischen Frage zu stehen habe, und verstieg sich zur Feststellung, ein allfälliger Entscheid des Parlamentes gegen eine Totalrevision der Bundesverfassung wäre zugleich ein Entscheid gegen eine umfassende Umweltpolitik.

Unsere Bundesverfassung, die seit 14 Jahren mit dem Segen des Souveräns über einen Umweltschutzartikel verfügt, auch noch in allen ihren Teilen gesondert zu begrünen, wäre ja schön, dürfte aber recht schwierig sein, denn Umweltschutz – das beginnt man allmählich zu spüren – ist nicht eine Frage, sondern ein Komplex von ungeheuer vielen Detailfragen und ein fast unentwirrbares Netz von ebenso vielen Interessensgegensätzen. (So geraten sich z.B. sogar jene Vereine, Stiftungen, Grüppchen und Organisationen, die unter der gemeinsamen Fahne des Tierschutzes marschieren, gegenseitig in die Haare. Auch im schönen Mai geschehen. Man beginnt Frau Kopp's Mairrede zu verstehen!)

Ideen

Wie wäre es, wenn man jedes Ei aus tierfeindlicher Batteriehaltung mit einem Umweltschutz-Preiszuschlag von zwei Franken belegen und die damit gewonnene Summe auf jene Konsumenten verteilen würde, die Eier aus Freiland-Hühnerhaltung bevorzugen?

Wie wäre es, wenn man auf jeden Quadratmeter Kulturland, der verbaut wird, vom Bauherrn eine Umweltschutz-Steuer von 1000 Franken erheben und aus dem damit landesweit geäufteten Fonds Zuwendungen ausrichten würde an alle jene, welche auf unkultivierbaren Boden und ohne Zufahrtsstrassen zu bauen bereit sind.

Man könnte zur Eindämmung des Abfallberges und der luftverschmutzenden Kehrlichtverbrennung endlich die Kehrlichtmenge kontingentieren. Zum Beispiel so, dass Personen von über 60 Jahren pro Woche nur noch einen Müllsack von zehn Liter Fassungsvermögen abgeben dürfen. Das liesse sich organisatorisch durchaus bewerkstelligen. Und wer einwenden möchte, dies liefe auf die Diskriminierung einer ganzen Altersgruppe hinaus, dem könnte entgegengehalten werden, ohne persönliche Opfer werde man nun eben einmal der Umweltprobleme nie Herr. Ein Argument, das in diesem Falle allen Bürgern unter 60 durchaus zuzutrauen wäre ...

Der grüngeneigte Leser mag nun einwenden, die erwähnten Ideen seien selbst als ironisch gemeinte oder abschreckende Beispiele zu absurd, ja abstrus, und zu offensichtlich an falschen Haaren herbeigezogen. Aber Frau Kopp hat im Mai nicht ohne Grund gewarnt:

Im Mai war ja auch zu vernehmen gewesen, ein Umweltschutz-Club wolle mit einem Zuschlag von zwei Franken auf jeden Liter Benzin den Individualverkehr um die Hälfte reduzieren und die Belastung der Luft mit Schadstoffen aus Autoabgasen damit auf den Stand der 50er Jahre zurückführen. Mit einem «Öko-Bonus-System» sollten die Einnahmen aus dem Zuschlag an alle Einwohner der Schweiz so verteilt werden, dass Nichtautomobilisten und Wenigfahrer verdienen, die Vielfahrer dagegen stark belastet würden.

Nun kann sich heute natürlich keiner mehr vor der Einsicht drücken, dass eine Notlage tatsächlich herrscht und dass eine solche Massnahmen erfordert, die allen Einschränkungen auferlegt. Aber Massnahmen-Vorschläge, die Anspruch darauf erheben, ernstgenommen zu werden und nicht nur der Eigenprofilierung Supergrüner dienen zu wollen – solchen Vorschlägen sollte immer auch wenigstens eine Chance der politischen Realisierbarkeit anhaften. Sonst schaden sie nämlich dem Umweltschutz, was er sich nicht leisten kann.

Warnung vor Biereifer

Vor Zeiten musste Bundesrat Egli etwelchen Tadel entgegennehmen, als er vor «übereilten Massnahmen» gegen das Waldsterben warnte. Es mag freilich fast zynisch klingen, wenn man dann, wenn es nach allgemeiner An- und Einsicht «fünf vor zwölf» ist, sagt: «Blinder Eifer schadet nur.» Und doch ...

Im Februar beschloss der Basler Grosse Rat eine Standesinitiative für ein Bundes-Sofortprogramm gegen das Waldsterben. Es war in der Zeit der bekannten Aktions-Deklarations-Euphorie, als jeder, der auf sich hielt, glaubte, auch vorschlagen zu müssen. Einer der 21 vorgeschlagenen Programmpunkte bestand in der Erhöhung des Mindestalters und der Festsetzung einer Höchstalterslimite für das Führen von Motorfahrzeugen. Das liefe auf eine Diskriminierung ganzer Altersklassen mündiger Bürger hinaus. Hier soll aber nicht die Chance einer politischen Realisierbarkeit dieses unausgegrenzten Vorschlages erwogen, sondern darauf verwiesen werden, dass besagter Extrakt ratsherrlichen Biereifers sogleich die Schweizer Autopartei aufschreckte, die denn auch alsbald per Inserat das Schreckgespenst eines möglicherweise schon bald zu erwartenden «Fahrverbots für Pensionierte» an die Wand malte – um damit zum Eintritt in die Partei zu werben. Für den Umweltschutz insgesamt zweifellos kontraproduktiv.

Den Umweltschutz vor politischem Übereifer schützen – sagte Frau Bundesrätin Kopp. Honni soit qui mal y pense!

